

**Bezugspreis**  
für Halle monatlich bei zweimonatlicher  
Zustellung 1,40 Mark, vierteljährlich  
4,20 Mark, durch die Post 4,85 Mark  
auswärts. Zustellungsgebühr. Be-  
stellungen werden von allen Reichs-  
postämtern angenommen. Im  
amtlichen Zeitungsverzeichnis unter  
Coale-Zeitungsangeboten. Für un-  
verlangt eingegangene Manuskripte  
wird keine Gewähr übernommen.  
Nachdruck nur mit der Quellen-  
angabe „Coale-Zeitung“ gestattet.  
Satzung der Geschäftsleitung Nr. 1149,  
der Postverwaltung Nr. 1142,  
der Bezugs-Abteilung Nr. 1133,  
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4600.

**Morgen-Ausgabe.**

# Coale-Zeitung

Zweihundfünfzigster Jahrgang.

**Anzeigen**  
werb. 2. Tagespost. 38 mm dr. Kolonnen-  
zeile od. der. Raum mit 20 Pf. a.  
10 % Zuschlag berechnet und in auf-  
Annahmestellen a. allen Postzei-  
geschäften. Reklamen die 78 mm  
breite Zeile 1 Mt. a. 10 % Zuschlag.  
Anzeigen - Annahmestellen 10 m.  
11 Uhr, für die Sonntags-Dr. ab 10  
Uhr. Adressen, soweit zu-  
lässig, müssen schriftlich erfolgen.  
Erfüllungszeit: Halle. Erscheint  
täglich, Sonntags 1 mal. Geschäfts-  
leitung a. Haupt-Verwaltung: Halle,  
Neue Promenade 1a, Er. Braun-  
hausstr. 17. Neben-Geschäftsstell.:  
Markt 24 und Große Ulrichstr. 22.

Nr. 207.

Halle, Sonnabend, den 4. Mai.

1918.

## Eine fünftägige Schlacht in Finnland.

Vernichtende Niederlage der Roten Garde. — 20 000 Gefangene.

### Deutscher Abendbericht.

WTB. Berlin, 3. Mai, abends. (Amtlich.)

In Südwest-Finnland haben wir den Feind in fünf-  
tägiger Schlacht bei Raahiti und Tavastias vernichtend ge-  
schlagen, 20 000 Gefangene!

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

### Wiener Bericht.

Weitere Zunahme der Kampfzähigkeit.

WTB. Wien, 3. Mai. Amtlich wird verkündet:  
Geheim wurde die Kampfzähigkeit an der ganzen italie-  
schen Front zwischen den Subkarpaten und der Aetria wieder  
betrefflich an.

Am 1. Mai errang Oberleutnant von Fiala den 154.  
6. und 17. Ostflieg.

Der Chef des Admiralsstabes.

Bisher über 30 000 Rote Gardisten gefangen.

Stockholm, 3. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einem  
Telegramm aus Helsingfors beträgt die Zahl der gefangenen  
roten Gardisten bisher insgesamt über 30 000 Mann.

### Vergebliches Annähnen der Feinde.

Neue ruhmlose Opfer.

Berlin, 3. Mai. (Drahtmeldung.) Dem gemeldeten  
stärkeren feindlichen Artilleriefeuer gegen das Kammelsgebiet  
am Abend des 1. Mai folgte ein neuer Angriffswurm des  
Feindes, den jedoch das zusammengefasste deutsche Feuer be-  
rücks im Keime wirkte. Während in Finnland der Feind  
bei seinen vergeblichen Angriffsvorhaben die schwersten Ver-  
luste erlitt, verlustlos am 2. Mai aus neue stärkere feind-  
liche Kräfte in Gegend Wlars-Betonow und auf dem  
Reisener der Aetria. Am schwersten mußten die Australier  
leiden, die neben den Kanadiern und Neuseeländern in  
Rollen von der englischen Führung in den vordersten Linien  
eingesetzt wurden. Bei den Kämpfen in der Gegend Wlars-  
Betonow blieb eine große Anzahl Australier in deutscher  
Hand.

### Die Brücken bei Ypern unter deutschem Feuer.

Zürich, 3. Mai. (Privattelegramm.) Nach der „Zür-  
cher Morgenzeitung“ haben die Truppen der deutschen Ar-  
mee nur noch 3 Kilometer von den Brücken des Ypernkanales  
entfernt. Die von Ypern zu den Straßen nach Boppeinghe  
und in das Gebiet nördlich führenden Brücken liegen bereits  
unter deutschem Feldartilleriefeuer, so daß der Rückzug der  
englischen Ypernbesatzung über die Brücken abgeschnitten ist.

### Wieder einmal völliges Einverständnis.

Vom obersten Alliierten-Kriegsrat.

Paris, 3. Mai. (Privattelegramm.) Hannas meldet aus  
Paris: Der oberste Kriegsrat der Alliierten unter dem Vor-  
sitz Clemenceaus wurde in Abwesenheit der Amerikaner. Den Ver-  
handlungen wohnten bei Lloyd Georges, Orlando, der eng-  
lische Abgeordnete Miller, die Generale Foch, Robillon,  
Hig, Bellin, Saigh, Perching, Pictain, der erste englische  
General Bismil und der Chef der französischen Admiralität De-  
von. Es wurde in militärischer Hinsicht ein völliges Ein-  
verständnis erzielt.

### Verpflichtungszwang für Schäden durch Luftangriffe.

Berlin, 3. Mai. (Drahtmeldung.) Die französische Kammer  
hat beschlossen, daß die Versicherungsgesellschaften, die sich dessen  
bisher geweigert haben, auch Kriegsschäden durch Beschuss  
und Luftangriffe decken müssen.

Satzung der Geschäftsleitung Nr. 1149,

Riga, 2. Mai. (R. B.) Nach der Baltischen Zeitung ist  
Baron Otto von Grottkow nach seiner Befreiung aus dem Zuchthaus  
in Jaroslaw nach Riga zurückgekehrt. Im Sommer 1915  
wurde Baron Grottkow im Zusammenhang mit der Spionage-  
affäre des Gendarmen-Obersten Wladislaw als bester Seiner  
zum Tode durch den Strang und ferner zu lebenslänglicher  
Zwangarbeit verurteilt. Im ersten Gerichtsverfahren wurde er  
aus ähnlichen Gründen an Beweisen freigesprochen. Auf Befehl  
des Stillenmatters wurde jedoch ein Revisionsverfahren ein-  
geleitet, worauf Baron Grottkow auf höhere Verhängung verwur-  
teilt wurde, obgleich nach wie vor nicht die geringsten Anhaltspunkte  
zur Begründung der Anklage vorliegen. Der russische Reichs-

lehre Kon bezeichnete das Urteil als Justizmord. Zu Beginn  
der Revision wurde nochmals ein Revisionsverfahren eingeleitet,  
das jetzt zur Sakristanz des Barons Grottkow geführt hat.

### Die Wahlen in Portugal.

Sieg des Präsidenten Paes.  
Lissabon, 3. Mai. (Drahtmeldung.) „Progress de Hon-  
“ meldet aus Lissabon: Paes hat von 880 000 Stimmen  
500 000 für die Präsidentschaft erhalten. Die neue Kammer  
setzt sich aus 155 Deputierten zusammen, von denen 101  
Parteiläufer der Regierung, 34 Monarchisten, 4 Katholiken,  
4 Integristen und 2 Unabhängige sind. Zum Senat, der aus  
75 Mitgliedern besteht, wurden bisher 48 Regierungs-  
und 12 Monarchisten gewählt. Das Kabinett wird neu-  
gebildet, da Paes als endgültiger Präsident des Vortreffens  
des Krieges und des Unwärtigen abgelöst.

### Die Dobruška-Frage.

Vor einem türkisch-bulgarischen Ausgleich.  
Budapest, 3. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) In Wiener  
diplomatischen Kreisen wird darauf hingewiesen, daß aus der  
Abreise des türkischen Ministerpräsidenten nach Bu-  
karest zur Unterzeichnung des inzwischen fertiggestellten  
Friedensabkommens hervorgeht, daß die bezüglich der  
Dobruška zwischen der Türkei und Bulgarien aufgetauchten  
Differenzen wenigstens soweit beseitigt sind, daß der Ver-  
trag in der Lage ist, mit Rumänien formell den Frieden  
abzuschließen.

### Die Bukarester Verhandlungen vor dem Abschluß.

Bukarest, 3. Mai. (Drahtmeldung.) Heute mittag ist  
der bulgarische Ministerpräsident Babo aus in Bukarest einge-  
troffen. Die Abordnung der verbündeten Mächte ist damit voll-  
ständig verarmt. Nachdem in den letzten Tagen verschiede-  
ne noch nicht einwillig gefasste Fragen ihre Lösung gefunden haben,  
sind die Bukarester Verhandlungen ihren Abschluß entgegen.

### „Die Verhandlungsaktion“.

Besprechungen mit den Vertrauens-  
männern aller Fraktionen.

Berlin, 3. Mai. (Eigene Drahtmeldung.) Nachdem das  
Abgordnetenhaus in zweiter Lesung das gleiche Wahlrecht  
abgelehnt und die Regierung das Haus nicht aufhies, son-  
dern vielmehr erklärte, daß sie ihre Entscheidung erst nach  
der dritten Lesung treffen und bis dahin auf eine Verständ-  
igung hoffe, sind die Vorbereitungen für die Verständ-  
igungsaktion bereits eingeleitet worden. Schon in den nächsten  
Tagen werden die Vertrauensmänner der verschiedenen  
Fraktionen zu sammenkommen. Es sollen Einladungen an alle  
Fraktionen ergehen. In der Hauptfrage werden sich die  
dann zu stellenden Anträge wohl mit der Schaffung von  
Sicherheiten befassen, wie sie der Abg. v. Kardorff und ver-  
schiedene andere Redner der Rechten verlangen.

### Die künftige Belastung des Bieres.

Erklärung im Ausschuss des Reichstages.

Berlin, 3. Mai. (Drahtmeldung.) Im Ausschuss des  
Reichstages zur Vorbereitung der Getränkesteuer hat bei  
Beratung des Biersteuerentwurfs Staatssekretär Graf v. Kö-  
dern ungefähr folgendes erklärt:

Die künftige Belastung des Bieres würde  
bei einem Preise von 60 Mark 20 Prozent be-  
tragen. Im Verhältnis zu den sonstigen künftigen  
Lästen in Reich, Staat und Gemeinden erhebt das nicht zu  
hoch. Die Schöpfung des Verbrauchsteuereinkommens um 25 Pro-  
zent infolge der Belastung haben die Schwerkraftigen für  
richtig gehalten. Die Preisstellung des Hausbrauns für  
die Brauereiarbeiter würde ein Geschenk an die  
Brauer bedeuten. Eine gesetzliche Festlegung der Bier-  
sorten empfiehlt sich nicht, weil die künftigen Verhältnisse  
unüberschaubar sind und die Finanzlage erfordert, daß man  
sich allen Änderungen schnell anpaßt.

### Keine Besteuerung der Leistungen.

Zur Umsatzsteuer-Beratung.

Berlin, 3. Mai. (Drahtmeldung.) Im Hauptaus-  
schuss des Reichstages wurde bei Beratung der Umsatzsteuer  
in der Abstimmung gegen Fortsetzung und Nationalliberale die  
Besteuerung der Leistungen abgelehnt und 4 1/2 Uhr 1/2  
hervorgehend dem feststehenden Antrage dahin zusammen-  
gefaßt: „Der Umsatzsteuer unterliegen die im Ausland gegen  
Entgelt ausgeführten geschäftlichen Lieferungen.“ (Näheres  
über die Verhandlungen siehe Seite 2.)

### Kompromisselei.

Ein Unannehmbar den Zentrumsanträgen.

Die Ablehnung des gleichen Wahlrechtes bei der zweiten  
Lesung der Wahlreform-Vorlage mit der großen Mehrheit  
von mehr als 50 Stimmen sollte jedermann deutlich bewiesen  
haben, daß die Reaktion des Dreifaltigen-Parlamentes nicht  
im geringsten zu einem Nachgeben bereit ist. Die große  
Mehrheit bei 2. Mai hat gegnigam bereit, daß das gleiche  
Wahlrecht durch Verhandlungen nicht erstritten werden  
kann. Die Majorität der Reaktion ist zu groß, als daß  
„Sicherungen“ eine so starke Wipplutterung herbeiführen  
werden könnte, daß sie sich in eine Minderheit verwandelt.  
Wenn selbst die Zentrumsangehörigen, die jetzt mit einem  
„Rein“ stimmten, sich infolge etwa angenommener „Siche-  
rungen“ eines anderen befinden und die Regierungsvorlage  
unterstützen, dann ist immer noch keine Mehrheit vorhanden.  
Und wenn unter dem Eindruck der Reformfruchtbarkeit  
einiger Herrenhäuser, von denen der Abg. Kardorff  
sprach, sich einige Konjunktive zum „Ja“-Sagen veranlaßt  
sehen, dann ist gleichfalls noch keine Mehrheit vorhanden.  
Trotzdem will die Regierung ihre Hoffnungen auf eine  
friedliche Erledigung der Vorlage nicht aufgeben. Sie  
pflanzte gewissermaßen am Grabe neue Hoffnungen auf,  
in einem Moment, wo die Organe der Rechten jubelnd und  
triumphierend von der „Niederlage der Regierung“  
sprachen.

Was ist die Ursache der Hoffnungen der  
Regierung? Wer die Reden ihrer Vertreter im Abge-  
ordnetenhaus nachträglich noch einmal durchliest, findet darin  
die Antwort: Sie hofft auf den Erfolg eines  
Kompromisses, das man getroffen mit der unjähigen  
Bezeichnung „Kaufhandel“ bezeichnen darf. Der stiel-  
tretende Ministerpräsident Dr. Friedberg hat in seinen  
Reden deutlich auf die Sicherungen hingewiesen, die die  
Mehrheit der Rechten jetzt in die Vorlagen der Regierung  
hineinfortigieren könne, was später in einem neuen Parla-  
ment nicht mehr der Fall sein dürfte. Das hing auch für die  
reaktionären Gemüter verlockend. Die Regierung sagt  
mit Spindler: „Ich besieh“ auf meinen Schein.“ Wie die Er-  
füllung ihrer Forderung aussieht, scheint für sie eine Frage  
von untergeordneter Bedeutung zu sein, wenn eben nur da-  
nach lediglich auf dem Papier stehende gleiche Wahlrecht  
da ist. Sollte das in der Tat die Ansicht der Regierung sein  
die zur Schaffung von „Sicherungen“ anreizenden und auf-  
munternden Worte Friedbergs scheinen das zu befähigen —  
dann muß für die sozialdemokratische und auch für die  
bürgerliche Linke der Augenblick kommen, wo der Regierung  
ein „Bis hierher und nicht weiter“ zugerufen  
wird. Die Liberalen würden sich ungenien haben, wenn  
sie gute Miene zum bösen Spiel machen und dem Kaufhandel,  
wie er allmählich deutlicher in Erscheinung tritt, ihre Zu-  
stimmung geben oder ihn auch nur stillschweigend dulden  
würden.

Wie sehen die bisher gedachten „Siche-  
rungen“ aus? Ein nationalliberaler Antrag will die  
Verhältnismäßigkeit im Osten einführen. Damit sollen die Be-  
fährungen dieser Partei über ein Erhalten des Potentums  
in einem künftigen Abgeordnetenhaus getrennt werden.  
Das ist ein Gedanke, der bei der Haltung der Polen an sich  
nicht von der Hand zu weisen ist. Damit die Einführung  
dieser Verhältnismäßigkeit für einzelne Bezirke nicht den Be-  
gegnung von Ausnahmestimmungen erhält, sieht der  
nationalliberale Antrag auch eine Verhältnismäßigkeit für die  
Großberliner Wahlkreise wie für einige Bezirke des Westens  
vor. Hier beginnen jedoch schon die Bedenken. Das Potentum  
in den westlichen Industriezentren erhebt gleich-  
falls immer mehr. Wird dort die Verhältnismäßigkeit einge-  
führt, dann ist damit zu rechnen, daß über kurz oder lang  
auch der Westen politische Landtagsabgeordnete nach Berlin  
entfenden wird. Ist damit den Nationalliberalen gedient,  
wenn einige Polen, die man im Osten verdrängt, mit Hilfe  
des gleichen Proportional-Wahlrechtes aus dem Westen auf  
der Bildfläche erscheinen? Immerhin liegt hier ein An-  
trag vor, über den verhandelt werden kann.  
Inners liegt die Sache bei den Sicherungsanträgen bei

# Der Reichstag über das Reichswirtschaftsamt.

Gebundene und freie Wirtschaft. — Wirtschaftlicher Nachrichtendienst. — Unsere Zuversicht gegen die Drohungen der Feinde.

Berlin, 3. Mai.

## Der Reichstag erledigte heute zumächst Anträge.

Bezüglich der brutalen Behandlung deutscher Gefangener in Rumänien wird erklärt, daß die Schuldigen, soweit sie in unserer Hand sind, bestraft, im übrigen bei den Verhandlungen mit Rumänien ihre Befreiung, sowie Sühne und Entschädigungen für die Betroffenen gefordert werden. Beschwerden betreffend die „Zeitsiger Volksgesetzung“ werden dahin beantwortet, daß ein Artikel „Reichstag und Reichsanwalt“ über die Kriegsgesetze bereits im Oktober 1917 freigegeben worden und daß der Verkauf der „Zeitsiger Volksgesetzung“ wie aller Zeitsiger Zeitungen durch Anwalts in den Kavernen freigegeben worden ist. Auf weitere Anträge antwortet General von Brising, daß den Angehörigen soweit wie möglich Gummibereitigung freigegeben wird und daß neue Entdeckungen die Hoffnung geben, die Pferde-Kräude schneller als bisher bekämpfen zu können.

## In Beantwortung einer Anfrage des Abg. Heescher (F. Vo.), der

**Vergeltungsmaßnahmen gegen die Engländer** wegen Verwendung von Dumm-Dumm-Geschossen fordert, macht General von Brising Mitteilung über eine neue Art von Geschossen mit Papierenlagen, die zahlreiche Kanthelsteine enthält, insbesondere Entfernungen und Wundentfernen verursachen und besonders schwere und unnütze Leiden hervorbringen. Es werde alsbald bei der britischen Regierung

## Verwahrung gegen die Verwendung dieser völkerverletzlichen Geschosse eingelegt

und die Einstellung des Gebrauchs unter Androhung von Vergeltungsmaßnahmen gefordert werden.

Hierzu wird die zweite Lesung des Haushalts für das Reichswirtschaftsamt fortgesetzt.

## Abg. Dr. v. Schulz-Gebernig (F. Vp.): Uns tut eine weise

**Wählung von gebundener und freier Wirtschaft,** von Staatssozialismus und Konkurrenzwirtschaft nur nach dem Vorbild der Reichsanstalt. Der Staatsrat muß ordnen und eingreifen, vor allem die Vermaltung vereinfachen. Zu der Kostloshaltung, die auch in den Friedensverträgen geregelt werden muß, fordern wir Fortsetzung und Abrundung unserer Kolonialpolitik. Eines der wichtigsten Kriegsziele muß die Meißbegünstigungsklausel sein.

Abg. Dr. Nieber (Nat.): Die Bundesratsverordnung für die Übertragungswirtschaft trägt allzu sehr bürokratischen Charakter. Wir müssen Bestimmungen treffen, damit die produzierten Räfte in unsere Arbeiter und Angehörigen auf dem Aufbau unserer Wirtschaftslage beteiligen können. Wir dürfen den Frieden nicht verlieren, auch wenn wir den Krieg gewonnen haben.

Abg. Dr. Billigee (Nat.): Bei dem wirtschaftlichen Nachrichtendienst, durch den das Ausland über Deutschlands Rängen aufgeklärt werden soll, müssen auch

## unser Janseisen Exporteur

geopfert werden, die die ganze Welt und unsere sozialpolitischen Notwendigkeiten kennen. Größter Segen der Eisenindustrie ist nötig, er ist aber unentbehrlich ohne die Erzeugnisse von Eisen und Längung (Länge links). Unsere Eisenindustrie ist in 50 bis 60 Jahren erschöpft. Dieses ernste Problem machen Sie (zu den Sozialdemokraten) sich außerordentlich leicht. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Ihr Unheilmitteil ist mit Walter Rathenau die Vergeßlichkeit der gesamten Volkswirtschaft. Sobald der Geist nach hinaus in den Büros des Reichswirtschaftsamtes sich dreht, muß er mit Besch und Schwel ausgebannt werden. (Zurück bei den Sozialdemokraten.) Wir müssen möglichst bald loskommen von der Übertragungswirtschaft, die Klagen über die Papierverteilung wollen nicht verstummen.

Staatsminister Freiherr v. Stein: Der Nachrichtendienst ist eine unserer vornehmsten Aufgaben und wird weiter ausgebaut werden. Mit unseren Ressourcen sind wir sehr knapp, aber eine Folge der Kriegswirtschaft ist das nicht. Einkommen muß die Kriegswirtschaft fortsetzen, dauernd aber nicht. Ich würde an Stelle des Zwangszusammenschlusses einen freiwilligen Zusammenschluß begrüßen, der einen

## Bersicht auf die schrankenlose Konkurrenz

bedeuten würde. Zweifelslos haben wir damit zu rechnen, daß das Ausland nicht bereit ist, mit uns in Frieden und Freundschaft zu leben. Was der Krieg ausliefert, wie er will und mögen die Friedensverträge lauten, wie sie wollen.

jagen — auf der Rechten gewinnt, verliert sie ganz sicher auf der Linken, so daß sie nach wie vor keine Mehrheit für das gleiche Wahlrecht hätte. Deshalb heißt der einzige Ausweg aus dem Dilemma: Auffösung und Neuwahlen! Die Regierung möge warten bis zur dritten Lesung, helfen wird das nichts. Nur der Appell an das Volk kann noch eine schwere Schädigung des Ansehens der Regierung und der Krone verhindern. Der Regierung kann darum auch nur das Diktatorat zur Beherzigung zugerufen werden: „Seht auf zum männlichen Entschluß, damit ihr nicht dem Land zur Bürde, dem Ausland zum Gelächter seht!“

Carl Hehns.

## Bolschewistische Niederlage im Kaukasus.

WTB. Konstantinopel, 2. Mai. Genieur Milli meldet: Die unter Korrespondent in Batum meldet, wurde eine aus 10 000 Bolschewisten bestehende Streitmacht auf dem March nach Elisabethopol durch Widerstand zweier aus Dagestan herbeigekommener Regimenter in der Gegend von Elisabethopol aufgeföhrt. Dagegen aufstehende Bolschewisten

Es ist unsern Gegnern nicht mit ihren Drohungen. Wir werden aber auch hier das Best in den Händen behalten.

Abg. Carsten (F. Vp.): Die Kohlenversorgung muß besser organisiert werden, damit das Bergbauamt werden kann, was unsere Bevölkerung und unsere Industrie braucht. Die Beschlüsse der Berliner Konferenz darf man nicht zu leicht einschätzen. Wir sind gegen jede Monopolisierung und Syndizierung, soweit diese nicht die Gesamtinteressen unbedingt erfordern. Weiterberatung Sonnabend 2 Uhr.

## Die Umsatzsteuer im Hauptausschuß.

Der Hauptausschuß des Reichstags setzte am Freitag die Beratung der Umsatzsteuer fort.

Abg. Dr. Juno (Nat.): Wir halten es nicht für richtig, die Leistungen umsatzsteuerfrei zu lassen. Was die Streichung der freien Bezüge anlangt, so behalten wir uns Anträge für die zweite Lesung vor. Jedenfalls spielen die freien Bezüge in diesem Gesetz nur eine geringe Rolle. Bei Einführung einer Mindestgrenze für das Bruttoeinkommen können auch die Unschlüssigen zur Umsatzsteuer herangezogen werden. Allerdings würde das einen Zusatz zur Einkommensteuer bedeuten.

Unterstaatssekretär Schiffer: Gegen eine Einbeziehung der Unschlüssigen hat der Bundesrat die größten Bedenken. Die Festbeträge werden bei der Einkommensteuer ohnehin härter herangezogen, weil man ihnen das Einkommen genau nachrechnen kann. Würden wir nun dieses Einkommen auch noch der Umsatzsteuer unterwerfen, so würde das die größten politischen und praktischen Bedenken haben. Gewiß bedenken sich bei den freien Bezügen unter Umständen Umsatz und Einkommen, aber einmal nicht in allen Fällen, und dann würde die Heranziehung der freien Bezüge aus den notwendigen Gründen nicht den gleichen Bedenken unterliegen, wie die Besteuerung der Unschlüssigen, weshalb aus der Aufnahme der freien Bezüge in die Vorlage durch die Regierung und der Zurückweisung der Einbeziehung der Unschlüssigen kein Widerspruch besteht.

Abg. Waldlein (Fortschr. Vp.): Der Bundesrat verbindet hier eine gute Einkommensteuer, gegen welche Steuern hat er aber nichts einzuwenden. Bei der Umsatzsteuer der hohen Einkommen handelt es sich um

## ein wichtiges soziales Problem.

Würden wir die Umsatzsteuer für Leistungen erheben, so würde diese Besteuerung der Arbeit geradezu aufzuheben wirken, wenn die Einkommen ohne Arbeit steuerfrei bleiben. Die steuerrechtliche Abgrenzung zwischen Lieferung und Leistung ist sehr gut möglich, zumal das Gesetz beim Selbstverbrauch diese Unterscheidung schon macht. Zieht man aber die Leistungen hinein, so muß man auch die Beamten der Steuer des aber sich als unermessliche Forderung ergibt, eine allgemeine Entlastung wird die Folge sein. Der Geldbedarf des Reiches muß natürlich gedeckt werden. Will man aber eine Steuer machen, die alle Gewerbe trifft, so mache man eine Gewerbesteuer, aber nicht eine Steuer, die wie hier empfohlen wird: eine Besteuerung der Arbeit.

Abg. Graf Westarp (Nat.): Ein Quittungssteuer wäre viel besser gewesen als die Umsatzsteuer. Die Umsatzsteuer ist an sich eine direkte Steuer. Die Umwälzungsfrage liegt für die einzelnen Betriebe und Artikel sehr verwickelt. Die Herauslösung der Leistungen von den Steuerpflichtigen vorzuziehen werden muß.

Unterstaatssekretär Schiffer: Es kommt uns darauf an, das zu besteuern, was gegen Entgelt dargeboten wird. Es gibt überhaupt keinen Gegenstand, in dem nicht Arbeit steckt. Man wird es nicht verstehen, warum gewisse große Betriebe steuerfrei bleiben sollen, während kleine Lieferungs-geschäfte zur Umsatzsteuer herangezogen werden.

Abg. Gotthein (Fortschr. Vp.): Bei der Quittungssteuer wäre ein Quittungszwang notwendig gewesen, dagegen aber bestanden Bedenken. Wird die Herauslösung der Leistung abgelehnt, dann muß auch die Befreiung weggelassen, da wir dann einen Unterschied zwischen selbständigem oder untergeordnetem Tätigkeit für die Besteuerung nicht anerkennen können. Man sollte sich nicht demoralisieren, wenn eine Reichsteuer den Charakter einer Einkommensteuer annimmt.

Abg. Tri (Zentr.) spricht für die Besteuerungen der Leistungen, da sonst der Steuerausfall zu groß werden würde. So unangenehm diese Besteuerung sein mag, die Gerechtigkeit erfordert sie. Dagegen sollte man die kleinen Gewerbetreibenden und Landwirte von der Buchführungspflicht verschonen.

## Entente-Aussichten auf Amerikas Hilfe.

WTB. Haag, 2. Mai. „Nicuue Courant“ erfährt von einem nichtbenannten Holländer, der bereits vor der Kriegserklärung der Vereinigten Staaten in Amerika war: Es sei ihm aus guter Quelle bekannt, daß augenblicklich 250—300 000 Amerikaner in Frankreich seien. Die meisten seien im Sommer und Herbst 1917 dorthin gebracht worden. Im Winter erklärte der Holländer, daß infolge des Schiffsräumungsmangels die Truppenüberführung so gut wie ganz still.

Bei 1918 wiez kann eine größere amerikanische Armee in Europa sein. Die Herstellung von Uniformen, Munition und Geschützen geht in langsamem Fortschritt, daß die amerikanischen Soldaten in Frankreich an einem Mangel haben und die Schwereartillerie der Lebensmittelversorgung der Offiziere noch vergrößert, worüber besonders die Engländer sehr verstimmt sind.

Die Eisenbahnen in Amerika können außerstande, genügend Material zu beschaffen, so daß jeder Soldat in der Ent-

Zentrums. Um die Hauptfrage vorweg zu nehmen: Hier kann es unseres Erachtens für den Liberalismus kein Verhandeln geben! Es darf kein Verhandeln geben, wenn man eine moderne Weltentwicklung des Staates in der Zukunft nicht unterbinden will. Die Erbverträge künftiger Generationen lassen sich heute noch nicht überbilden. Deshalb ist es geradezu eine Vergeßlichkeit dieser zukünftigen Generationen, wenn ihre staatliche Entwicklung zum Stillstand vertritt werden soll, was das durch die vom Zentrum eingebrachten Anträge geschehen würde. Es muß für das gesamte liberale Bürgertum in Stadt und Land ein absolut unangenehmer Weg sein, durch die Fesselung und Anebelung unserer politischen Zukunft einen Fortschritt zu erkaufen, der schließlich kein Fortschritt mehr ist. Das hohe die Erstgeburtstochter für ein Pönsgericht verkaufen! Ein im Absterben begriffenes Parlament darf nicht über eine lange Zukunft Preußens entscheiden! Aus diesem Grunde allein ergibt sich für uns die Stellungnahme zu den Zentrumsanträgen, die zu einem Teile übrigens schon den Ausspruch befristigt haben. Was will das Zentrum? Es will zumächst den Konzeptionen in den eigenen Reihen was denen um Lüste und Heydenband ein Refensgewicht machen und sodann die Erfüllung eigener Vergeßlichkeiten in Sicherheit bringen. Eine Reihe von Bestimmungen soll in die Verfassung aufgenommen werden, für deren Abänderung eine Zweidrittel Mehrheit erforderlich ist. Auf diese Weise soll die Einteilung der Wahlbezirke vereinigt werden, was schließlich führen muß, daß das Wahlrecht des Einzelnen im Wahlbezirk ostfälischer Großgrazier ein hundertfach größeres sein kann, als in den nicht bedürftlichen Bezirken unserer Industrieregion. Oft ist gesagt worden, wie ungenügend die Ungleichheit und Ungerechtigkeit heute noch bei der Einteilung der Wahlbezirke ist. Während gerade noch rechtslebender Seite immer gesagt wird, daß Bildung und Reiz bei der Abmessung des Wahlkreises eine größere Rolle spielen müssen, hält man sich hier durchaus nicht an dieses Prinzip, weil es — den eigenen Interessen nicht entspricht. Heute schon liegt die Sache bekanntlich so, daß im Osten einige wenige Tausende Wähler genügen, um einen Abgeordneten entsenden zu können, während im Westen viele Zehntausend Wähler dazu erforderlich sind. Ganz hier wird niemand sagen wollen, daß ein gerat ungewählter Zustand dadurch befristigt ist, daß der Landesoberste des Großgrundbesitzers ein besseres politisches Verständnis besitzt wie der in der Großstadt wohnende Mittelständler oder der Arbeiter eines Kohlenreviers. Gerade die Tendenzen, die von rechts stehender Seite immer wieder betont werden, sollten die Ursache sein, daß dem bisherigen ungewählten Wahlkreis-System ein Ende gemacht wird. Das will man nicht, weil dadurch die eigene Wahlpolitik noch mehr gefährdet werden würde. Aus reiner Interessenspolitik sollen Gleichheit und Billigkeit unterdrückt werden! Man will sich damit noch nicht einmal begnügen. Der bestehende Zustand der junkerlichen Bevorgung soll auf lange Jahrzehnte hinaus festgelegt werden. Dazu kann der Liberalismus nimmermehr die Hand heben. Weislich liegen die Dinge bei den übrigen Anträgen des Zentrums. So sollen die nach der gegenwärtigen rechtlichen Ordnung des Verhältnisses des Staates zur evangelischen und römisch-katholischen Kirche, die Staatskirchen zugehörigen Befugnisse und Einkünfte dauernd aufrecht erhalten werden.“ Für eine Aenderung dieser gewünschten Bestimmung würde rüstig gleichfalls eine Zweidrittel-Mehrheit erforderlich sein. Um nicht in den Verdacht, „Kulturkämpfer“ zu sein, zu kommen, soll davon Abstand genommen werden, auf einzelne Bedenken, die dieser Antrag auslöst, einzugehen. Aber auch hier gilt der allgemeine Satz: Wir können und dürfen nicht das Verhältnis des Staates zur Kirche für künftige Generationen festlegen. Wir haben kein Recht, den Vorwand dieser Geschlechter spielen zu wollen. Gleiches gilt sodann weiter von dem Punkte 3 des Zentrumsantrages, wonach jede Religionsgemeinschaft im Besitze ihrer Anstalten, Stiftungen und Fonds, sowie der Einkünfte dieser soll. Hier kommt zu den allgemeinen Bedenken noch die Unklarheit der Fassung. Sollen kirchliche Zuschüsse auch nicht erhöht werden dürfen? Als vierter Wunsch des Zentrums wird die Festlegung des konfessionellen Charakters der öffentlichen Volksschulen gefordert. Hier kann der Liberalismus gleichfalls nur mit einem glatten Unannehmbar antworten. Endlich soll noch eine gewisse Begünstigung des Serrenhauses festgelegt werden.

Was bedeuten nun diese Anträge des Zentrums praktisch? Sie würden den preussischen Landtag zu einer Steuerbewilligungsmaschine herabwürdigen, soweit auch hier nicht die gezeigerberidigen Maßnahmen ohnehin dem Reiche zufallen. Die Entwicklung der letzten Jahrzehnte ist doch so gewesen, daß die Kompetenz des Reiches allmählich, aber stetig erweitert wurde. Das Reich griff als solches immer mehr in das gesamte öffentliche Leben ein. Der Arbeitskreis des Landtages wurde dadurch bedeutend verringert, es blieb eigentlich nur das übrig, was der Zentrumsantrag jetzt auch noch festlegen will. Damit schrumpft die Betätigungsmöglichkeit des Abgeordnetenhanes so zusammen, daß es kaum noch den Namen eines Parlamentes verdient. Das würde politisch zu einer Fortpflanzung falscher Tatsachen führen. Auf dem Papier hätten wir dann zwar ein demokratisches Wahlrecht, aber die auf Grund dieses Rechtes gewählten Volksvertreter würden nur Marionetten sein, denen das Ja-Sagen höchste Beschäftigung sein müßte. Was wir aber wollen, ist ein wirklich liberales Wahlrecht. Wir wollen keinen Fortschritt, bei dem die eine Hand wehrt, was die andere gegeben hat. Gegen einen solchen Aufhande dünnt sich jedes gesunde politische Empfinden auf und es kann dagegen nicht genug schon heute Stellung genommen werden.

Manchmal schließt sich die Regierung, daß sie durch beratige politische Gesetze zum Ziele kommt? Was ist an Stimmen durch die „Schwänzer“ — besser würde man Ausschüsse



